

## Entwicklungen & Trends 2024

### Der Wald als Wunschkonzert

von László Maráz

Die Waldpolitik ist derzeit ein schwieriges Unterfangen. Wenn Fakten von Interessen verdrängt werden und die Argumentation vieler Akteure nicht mehr den Gesetzen von Logik, Ursache und Wirkung folgt, sind viele Bemühungen vergeblich. Man tut sich schwer mit soliden Einschätzungen. Zu häufig werden einzelne Fakten herausgegriffen, andere aber übergangen, sodass fast jede beliebige Herleitung von Maßnahmen begründbar erscheint. Der Diskurs ist geprägt von Wunschvorstellungen statt Tatsachen, von Argumenten, die auf den ersten Blick plausibel erscheinen, jedoch nur solange wichtige Informationen verschwiegen werden. Wie steht es um die Wälder, wodurch sind sie bedroht und welche Maßnahmen können helfen, die Zerstörung zu stoppen?

#### Globale Waldverluste

Weltweit werden nach wie vor große Waldflächen zerstört. Zwischen 2001 und 2023 wurden 488 Millionen Hektar Wald zerstört, davon 138 Millionen durch Brände. Der Gesamtwaldverlust entspricht etwa der dreifachen Waldfläche der Europäischen Union. Die globale Waldfläche verringerte sich damit um zwölf Prozent, der Verlust führte zu Treibhausgasemissionen in Höhe von gut 200 Milliarden Tonnen, was etwa dem Fünffachen der globalen Jahresemissionen entspricht. Inzwischen verbleiben noch 3,765 Milliarden Hektar Wald und 230 Millionen Hektar Baumplantagen.<sup>1</sup> Im Ergebnis haben sich die Waldverluste in den vergangenen Jahrzehnten kaum verringert – trotz aller Konferenzen, Strategien, Initiativen und Projekte. So wie auch die globalen Treibhausgasemissionen Jahr für Jahr steigen, allen internationalen Gipfeln, Kongressen und Absichtserklärungen zum Trotz.

Ursachen der Waldverluste sind zunächst vor allem die Landwirtschaft, der Holzeinschlag, aber auch Bergbau, Siedlungen und andere Infrastruktureinrichtungen. Hinzu kommen die zunehmenden Waldverluste durch Dürre, Brände und Stürme, die wiederum erste Folgen der anrollenden Klimakatastrophe sind. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union importieren einen großen Anteil der auf ehemaligen Waldflächen erzeugten Produkte. Zwar ist es Aufgabe der Waldländer, die Zerstörung dieser Ökosysteme zu verhindern. Doch vielfach wird das Land durch illegale Abholzung von Wald befreit. Politiker:innen, die wieder gewählt werden wollen, geben vor, sich mit der Waldnutzung um Arbeitsplätze und neue Einnahmequellen zu kümmern. Und solange sich die Produkte gut verkaufen lassen, ist der Druck groß

**Keine Trendumkehr  
bei den  
Waldverlusten**

und führt dazu, dass immer mehr Wälder Platz machen müssen für Anbau und Produktion dieser Waren und Rohstoffe.

*Mehr Verbrauch = weniger Wald*

Nun könnte man meinen, dass irgendwann der Punkt erreicht sein müsste, an dem es genug Sojafelder, Ölpalmenplantagen, Viehweiden, Holzplantagen und andere Produktionsstätten gibt, um den Bedarf an diesen Produkten zu decken. Nicht zuletzt stößt man als Verbraucher immer häufiger auf Angaben und Siegel, die eine »umweltfreundliche«, ja »nachhaltige« oder gar »klimaneutrale« Produktion versprechen. Doch solche beruhigenden Angaben lenken meist von den zwei Problemen ab, die für den wachsenden Flächenverbrauch sorgen. Zum einen ist die Produktion selten nachhaltig. Viele Böden der Feuchttropen sind nicht dafür geeignet, langfristigen Ackerbau zu betreiben. Ohne intensive Düngung geht es nicht. Irgendwann sind die Böden ausgelaugt. Degradierung, Versalzung, Belastung mit Pestiziden oder Wassermangel führen dazu, dass der Anbau bald auf neue Flächen verlegt werden muss. Mit der Folge, dass weitere Waldflächen gerodet werden.

**Holzverbrauch steigt unaufhaltsam**

Zum anderen steigt der Verbrauch schier unaufhaltsam an. Selbst wenn mancher Bedarf an einigen Waren in Industrieländern gesättigt scheint, wird gerade aus aller Art von Biomasse Neues produziert. Biodiesel, Bioplastik, Bioenergie: Im Rahmen der Dekarbonisierung werden immer mehr Alternativen für den Ersatz fossiler Rohstoffe gesucht. Angesichts der gigantischen Verbrauchsmengen an Kohle, Erdöl und Erdgas muss uns aber klar sein, dass die Wälder, Böden und Meere nicht beliebige Mengen an Rohstoffen liefern können. Würde man Erdöl durch Pflanzenöl ersetzen wollen, um etwa die chemische Industrie am Laufen zu halten oder gar Flüssigtreibstoffe für den Verkehrssektor zu gewinnen, müsste man den Anbau von Nahrungsmitteln einstellen und große Teile der tropischen Wälder roden und durch Ölpalmenplantagen ersetzen. Hinzu kommt der steigende Verbrauch an Nahrungsmitteln und Rohstoffen durch die Gesellschaften in Ländern, die inzwischen wenigstens einigermaßen gut mit Nahrungsmitteln und Energie versorgt sein wollen. Was nicht davon ablenken soll, dass etwa der Verbrauch an tierischen Nahrungsmitteln in Deutschland und vielen anderen Ländern bereits heute viel zu große Land- und Ackerflächen beansprucht. Bestrebungen, diese Gewohnheiten zu ändern, stoßen immer noch auf zu große Ablehnung, wenngleich es in einigen Bereichen Fortschritte gibt, wie etwa beim langsam abnehmenden Fleischkonsum.

**Es werden keine Verbrauchsgrenzen gesetzt**

Eigentlich dürften Ökosysteme wie Savannen, Feuchtgebiete und Wälder durch unser Verbrauchsverhalten erst gar nicht gefährdet werden. Wenn wir denn Grenzen setzen würden! Wenn Waldeigentümer:innen oder Forstleute ihre Produktionsmittel vor Raubbau und Übernutzung so schützen würden, wie wir auch Arbeitnehmer:innen vor dem Burnout bewahren (sollten), damit sie ihre Arbeitsleistung über ihr gesamtes Berufsleben lang dauerhaft und nachhaltig erbringen können. Regierungen müssten bestimmen, welche Landflächen genutzt werden können. Dann ließe sich ermitteln, welche Mengen an Produkten sich auf diesen Flächen nachhaltig erzeugen lassen. Unserem Verbrauch wären Grenzen gesetzt und alles andere müsste dann durch effizientere, innovative Verarbeitung und Verwendung organisiert werden. Wälder können gewisse Holzmengen erzeugen, ohne Schaden zu nehmen. Mehr gibt es nicht. Dem wachsenden Papier- oder Brennholzverbrauch würde ein Riegel vorgeschoben. Die Abnehmer müssten untereinander ausmachen, wer welche Mengen an Holz verwenden kann. Das würde, wenn die Marktwirtschaft funktionieren würde, über den Preis geregelt. Wer hochwertige Waren erzeugt, die teuer genug verkauft werden können, weil die Käufer sie wirklich dringend brauchen, kann sich auch die Rohstoffe leisten. Andere Hersteller hätten das Nachsehen.

Auch das ist noch Wunschdenken, sonst müsste dieser Text nicht geschrieben werden. Doch Vorsicht: In naher Zukunft wird es schlichtweg keine neuen Produktionsflächen geben. Die physischen Grenzen des Wachstums werden uns bald dazu zwingen. Hinzu kommt die Degradierung, Versalzung, Versteppung vieler Agrarflächen durch unangepasste Nutzung, Überweidung und Pestizide: mit ein Grund für den Bedarf nach neuen Agrarflächen.

Da aber Unternehmen und Regierungen ihren Kund:innen und Wähler:innen solche unangenehmen Botschaften nicht zumuten wollen, werden diese Grenzen schlichtweg nicht gesetzt. Lieber bedient man Wünsche, auch wenn sie eigentlich nicht erfüllt werden dürften. Im Gegenteil: Werbung für mehr Absatz, mehr Genuss, mehr Wohlstand soll für Wachstum

und Wählerstimmen sorgen. Wir tun gerade alles dafür, den unangenehmen Grenzen näher zu kommen. Größere Wohnungen, größere Autos, aufwendigere Lebensstile und verschwenderischer Umgang etwa mit Einwegprodukten. Irgendwo findet sich schon noch ein Erzvorkommen, ein Stück Land, ein Rohstoff, mit dem man die gewünschte Nachfrage decken kann.

### **EU-Regelung für entwaldungsfreie Lieferketten**

Um wenigstens einen Teil der Waldzerstörung zu verhindern, der durch unseren Verbrauch mitverursacht wird, soll mit einer neuen EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte das Ziel entwaldungsfreier Lieferketten sichergestellt werden. Die Europäische Union will mit einem innovativen, weltweit einmaligen Ansatz verbindlicher, unternehmerischer Sorgfaltspflichten dafür sorgen, dass Rohstoffe und Erzeugnisse nur dann in den Unionsmarkt ein- oder ausgeführt oder darauf bereitgestellt werden dürfen, wenn diese nicht mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen. Man will also das Risiko minimieren, dass Produkte auf den EU-Markt gelangen, die am Anfang der Lieferkette mit Entwaldung, Waldschädigung sowie der illegalen Vertreibung der lokalen Bevölkerung in Verbindung stehen. Der Handel mit legalen und entwaldungsfreien Rohstoffen und Produkten soll gefördert werden.<sup>2</sup>

Die Verordnung ist am 30. Juni 2023 in Kraft getreten und sollte nach einer Übergangszeit von 18 Monaten ab dem 30. Dezember 2024 angewandt werden.<sup>3</sup> Da aber die zum Teil unklaren Dokumentationspflichten für teilweise nachvollziehbare Proteste sorgten, führte ein monatelanger Streit dazu, dass das Instrument voraussichtlich erst ein Jahr später in Kraft tritt. Die konservative Europäische Volkspartei (EVP) im Europaparlament hatte zwischenzeitlich noch versucht, das Instrument als solches so stark abzuschwächen, dass es praktisch wirkungslos geblieben wäre. Der Ausgang der Debatte ist daher weiterhin offen. Auf eine ausführlichere Beschreibung der verschiedenen Standpunkte soll an dieser Stelle verzichtet werden, da noch unklar ist, welche Argumente stichhaltig sind und wo es möglicherweise sinnvolle Anpassungen gibt.

***Ausgang der Debatte  
um entwaldungsfreie  
Lieferketten  
weiterhin offen***

### *Wunschträume*

Die Hoffnungen und der Glaube in solche komplexen politischen Instrumente sind zuweilen schwer nachvollziehbar. So schreibt die (tatsächlich seit vielen Jahren für Waldschutz vorbildlich engagierte) Organisation »Rettet den Regenwald«<sup>4</sup> zur drohenden Verschiebung des Inkrafttretens der EUDR folgendes: »In wenigen Wochen hätten Europas Bürgerinnen und Bürger davon ausgehen können, dass etwa für Möbel, Papier und Autoreifen kein Wald zerstört wurde. Die EU-Entwaldungsverordnung hätte das garantiert – bis konservative Europaabgeordnete das bereits beschlossene Gesetz auf den letzten Metern verschoben haben. Jetzt kommt es wahrscheinlich ein Jahr später als geplant – entkernt und verwässert.«

Hier sind zwei Missverständnisse aufzuklären: Erstens werden für alle Produkte, deren Erzeugung auf ehemaligen Waldflächen stattfindet, zwangsläufig Wälder zerstört. Das gilt nicht nur für eine Kautschukbaum-Plantage, sondern auch für den heimischen Getreideacker oder für eine Bio-Kaffeepflanzung. Solange das in annehmbaren Grenzen stattfindet und nicht zu viele Wald- und andere Ökosysteme zerstört werden, ist das hinzunehmen. In der EU-Verordnung gilt für Entwaldung das Stichtatum 31. Dezember 2020. Produkte, die von vor diesem Tag bereits gerodeten Waldflächen stammen, sind also erlaubt. Von den sieben von der Regulierung erfassten Erzeugnissen (Soja, Palmöl, Rinder, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz) würde das erst einmal nur für Soja und vielleicht auch für Rinder gelten, die auf frisch gerodeten Waldflächen erzeugt werden könnten. Alle anderen Rohstoffe brauchen viel mehr Zeit bis zur Ernte. Mit einem Inkrafttreten würde eine sofortige Unbedenklichkeit für alle Möbel, Papier und Autoreifen gegeben werden, die ohnehin nicht aus einer Produktion stammen können, für die ab 1. Januar 2021 Wald gerodet wurde. Die EUDR hätte für einige Jahre keinerlei Einfluss auf die Waldzerstörung.

***Konservative im  
Europaparlament  
entkernen und  
verwässern Gesetz***

### *Begrenzte Wirkung*

Natürlich müssen wir versuchen, etwa durch Zertifizierung und Herkunftsnachweise die mithilfe unserer Importe geförderten Waldschutzprobleme zu bekämpfen. Sämtliche Maßnah-

men dieser Art haben aber zwangsläufig einen großen Nachteil. Solange nur ein begrenzter Markt reguliert wird und der Gesamtverbrauch weiter steigt, werden solche Initiativen umgangen. Wenn die einen (z. B. EU-Mitgliedstaaten) versuchen, nur noch die nachhaltigeren, legalen Produkte zu konsumieren, bedienen sich andere Käufer auf dem Weltmarkt an den meist sogar billigeren Produkten aus der fortgesetzten Entwaldung.

#### *Soziale Aspekte*

#### **Soziale Komponente zu wenig beachtet**

Ein Aspekt, der bei dieser Debatte meist zu wenig Beachtung findet, ist die soziale Komponente des Problems. Zwar werden durch neue Rodungen und Anbaugelände auch Arbeitsplätze geschaffen. Doch abgesehen davon, dass es meist schlecht bezahlte Jobs sind, werden von größeren Unternehmen beanspruchte Flächen oft anderen Landnutzern vorenthalten oder diese werden gar von ihrem traditionellen Land vertrieben. Auch indigene Völker sind davon betroffen. Hinzu kommen weitere negative Effekte solcher für den Export bestimmten Einrichtungen wie der meist hohe Wasserverbrauch und die Vergiftung ganzer Regionen und ihrer Bevölkerung mit Pestiziden. Wenn der Wald weg ist und später auch das Ackerland verodet, fehlen vielen Menschen große Gebiete als Lebensgrundlage.

#### *Ablenkmechanismen dominieren*

#### **Schutz ferner Wälder – reine Lippenbekenntnisse**

Die EUDR ist nur ein aktuelles Beispiel für die allgegenwärtigen Verdrängungsmechanismen, mit denen eine schonendere Waldnutzung und der Schutz der biologischen Vielfalt behindert werden. Die Ursachen der Probleme werden nicht angepackt, weil es zu unbequem ist. Wenn derzeit die Holzindustrie, Agrarwirtschaft, Waldeigentümerverbände gegen Gesetzesinitiativen oder neue Verordnungen Stimmung machen, dann ist das zwar teilweise auch eine Abwehr gegen zusätzliche Bürokratie, die ja stets auch Zeit und Ressourcen beansprucht. Letztlich aber löffelt man nur ungerne die Suppe aus, die man sich selbst mit eingebracht hat. Man betont zwar, dass der Schutz von tropischen oder borealen Wäldern wichtig sei und unterstützt werde. Doch das sind nur Lippenbekenntnisse. Der Schutz ferner Wälder wurde höchstens dann thematisiert, wenn man ihn als Argument gegen die Einrichtung neuer Waldnationalparks in Deutschland benutzen konnte. Der Verlust an Holzermengungen aus den Schutzgebieten, so hieß es, würde dazu führen, dass man das Holz leider aus anderen Regionen importieren »müsse«, um den Bedarf zu decken. Dort würden dann sogar viel größere Waldflächen zerstört.

Waldnationalparks als Ursache von Waldzerstörung: auf so eine Idee muss man erstmal kommen. Als die Umweltverbände Kampagnen gegen Raubbauholz vor allem aus dem Tropenwald durchführten, fand sich aus denselben Reihen kein einziger Unterstützer. Selbst bei der Einführung der Holzhandelsverordnung gegen Importe illegaler Hölzer blieb die Akteursgruppe weitgehend still. Man interessiert sich nur fürs eigene Geschäft.

#### **Kein neues Bundeswaldgesetz?**

Die Novelle des Bundeswaldgesetzes ist ein weiteres Beispiel für die Dominanz des Wunschenkens. Warum brauchen wir Waldgesetze? Damit alle dieselben Regeln einhalten und Praktiken verhindert werden, die Wald und Gemeinwohlfunktionen schädigen. Damit sich niemand unfaire Kostenvorteile verschafft und dabei gut wirtschaftende Betriebe benachteiligt. Damit die Gesellschaft beurteilen kann, wer berechtigt ist, Fördermittel zu erhalten, weil er zusätzliche Dienstleistungen erbringt, die den üblichen, zumutbaren Umfang deutlich übersteigen.

#### **Forstbranche wehrt sich gegen Festlegung »Guter fachlicher Praxis«**

Doch die Forstbranche wehrt sich bis heute standhaft und mit einer Vielfalt von Ausreden dagegen, eine sog. »Gute fachliche Praxis« einzuführen. Daher gibt es immer noch keinen Qualitätsstandard für nachhaltige Forstwirtschaft, denen man gefahrlos freiwillig folgen könnte. Es wäre eine Erleichterung für die Forstpraxis, die für Klarheit sorgen könnte. Hier müssten nicht etwa kleinteilige und bürokratisch aufwendige und schwer zu überprüfende Regeln etabliert werden. Es genügen Standard-Nachhaltigkeitsregeln, die ohnehin als gängige Praxis einem Großteil der Waldeigentümer bekannt sind, leider aber in zu vielen Einzelfällen nicht befolgt werden. Ein solcher Mindeststandard würde auch als Messlatte dafür dienen, was mit Steuergeldern gefördert werden kann. Gemeinwohl förderndes Verhalten

sollte angemessen honoriert werden. Das knappe Geld würde den Waldeigentümer:innen zugutekommen, die es tatsächlich sinnvoll einsetzen. Die Honorierung könnte so zur zusätzlichen Einkommensquelle entwickelt werden.

### *Unbegründete Ängste?*

Dass mit den Kampagnen gegen die Novellierung des Bundeswaldgesetzes vor allem Ängste geschürt werden, ist ohnehin eine fragwürdige Strategie. Wenn die Forstwirtschaft so nachhaltig wirtschaftet, wie sie stets behauptet, müsste sich ja niemand vor Strafen und Bußgeldern fürchten. Im Gegenteil: Die Guten würden belohnt und Waldeigentümer:innen, die ihre Wälder und die Umwelt zu sehr schädigen, hätten Nachteile zu erwarten. Das Image der gesamten Branche würde sich verbessern.

Da manche aber lieber so wirtschaften, wie es ihnen selbst rein ökonomisch opportun erscheint, kommt eine Novellierung des alten Bundeswaldgesetzes von 1974 vielen sehr ungelegen. Die Begrenzung von Kahlschlägen auf einen Hektar wird einer Enteignung gleichgesetzt. Die Novelle wurde vor allem von Waldbesitzerverbänden als »Bürokratiemonster« diffamiert und rundweg boykottiert. Worin diese Bürokratie bestehen soll, konnte niemand sagen. Dass zwischenzeitlich auch Bußgelder diskutiert wurden, sorgte für künstliche Empörung und wurde umgehend mit der Androhung von Gefängnisstrafen gleichgesetzt. Dabei ist jedem bekannt, was nicht erlaubt ist, und man kann es zudem einfach vermeiden: Niemand ist gezwungen, einen größeren Kahlschlag zu verursachen, für den er dann einige Formulare ausfüllen muss.

Auf Druck der Koalitionspartner wurden viele der vorgesehenen Regeln so stark abgeschwächt, dass ein zusätzlicher Nutzen bzw. die verbesserte Wirksamkeit für den Erhalt funktionsfähiger Waldökosysteme als Priorität kaum noch erkennbar war. Mit Hilfe der Unionsparteien und nicht zuletzt des Koalitionsbruchs durch die FDP scheiterte das Vorhaben kläglich. Ob eine neue Bundesregierung das Vorhaben noch einmal anpackt, und ob daraus wirklich ein besseres Waldgesetz wird anstatt einer Gefälligkeitsverordnung, bleibt ungewiss.

**Neues Waldgesetz als »Bürokratiemonster« diffamiert**

### **Bundeswaldinventur: Den Wäldern geht es merklich schlechter**

Etwa alle zehn Jahre wird in Deutschland eine Art Volkszählung im deutschen Wald vorgenommen. Die Ergebnisse der 4. Bundeswaldinventur wurden am 14. Oktober 2024 veröffentlicht.<sup>5</sup> Die Zahlen liegen nun vor und sind als zuverlässig zu werten. Ergebnis: Der Wald wurde bereits durch die Klimakrise erheblich geschädigt und hat inzwischen mehr Biomasse verloren, als nachwachsen konnte. Immerhin sind die nachwachsenden Bestände schon etwas vielfältiger aufgebaut. Das ist ein Erfolg des zwar zu langsamen, aber seit einigen Jahrzehnten doch erfreulich wirksamen Waldumbaus, bei dem bereits viele Nadelbaumplantagen (Fichte, Kiefer) durch Laubmischwälder ersetzt wurden und werden.

So eindeutig die Ergebnisse sind: Die Darstellungen und Bewertungen dieser Ergebnisse durch die verschiedenen Akteure und Interessengruppen könnten kaum unterschiedlicher sein. Die einen sehen darin einen Beweis für die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung, die anderen klagen über den Verlust des von manchen als »Klimaretter« bezeichneten Ökosystems. Wunschenken scheint auch hier treibendes Motiv vieler Akteure zu sein. Man liest sich aus den Zahlen heraus, was einem gerade passt. Der Wald ist im Durchschnitt etwas älter geworden und auch weniger monoton? Die Forstwirtschaft jubelt. Es wurden viele Kahlflächen geschaffen? Waldaktivisten toben. Viele Waldbestände haben mehr dicke Bäume? Umgehend fordert die Holzwirtschaft eine Steigerung der Holzernte. Zwei Millionen Hektar Wald sind von der Klimakatastrophe stark beschädigt? Schon fordern Umweltverbände Einschlagsstopps. Die Fichte und auch die Kiefern sind schwer krank? Waldbesitzer fordern mehr Geld und die Aufforstung mit Baumarten aus anderen Regionen, um die Wälder »klimastabil« umzubauen.

Fakt ist, dass die Wälder Deutschlands inzwischen weniger Kohlenstoff aufnehmen, als durch Ernte und Waldschäden verloren geht. Die Hoffnung vieler Akteure und der Politik, an anderen Stellen beim Klimaschutz weiterhin bremsen zu können, weil der Wald ja die Treibhausgase wieder schluckt, sind an den Folgen eigener und sträflicher Untätigkeit zerschellt. Da hilft es nichts, wenn mancher Waldschützer die Forstwirtschaft und den Holzeinschlag

**Schlechte Bilanz: Wald verliert mehr Biomasse als nachwächst ...**

**... und nimmt weniger Kohlenstoff auf, als durch Ernte und Waldschäden verloren geht**

als Schuldigen kritisiert: In diesem Fall haben wir alle gemeinsam die Verantwortung dafür. Es hilft auch nichts, wenn die Forstwirtschaft zu eigenen Fehlern schweigt und die auch durch verfehlten Nadelbaum-Plantagenanbau mitverursachten Schäden allzu bereitwillig dem »Klimawandel« zuschreibt. Es ist dann nämlich fraglich, ob man frühere, eigene Fehler erkannt und analysiert hat, um glaubhaft zu machen, dass man mit dem Anbau neuer Baumarten nicht ähnliche Fehler wiederholt.

Empfohlen wird nun, neben den heimischen Baumarten auch deren Herkünfte aus Nachbarregionen bei der Wiederbewaldung zu berücksichtigen und es auch hier und dort mit ganz fremden Baumarten zu versuchen. Denn nicht einmal die Klimaforscher wissen noch, wie sich das Klima entwickeln wird, weil zu vieles zu schnell aus den Fugen geraten ist. Woher sollen es die Forstleute oder Waldeigentümer:innen wissen? Niemand kann es ihnen verübeln. Zulässig ist es aber, zunächst die als wahrscheinlich geeigneten Baumarten an der Verjüngung der Bestände zu beteiligen.

### **Waldumbau mit Bedacht!**

Ganz schlaue Leute behaupten aber schon zu wissen, welche Baumarten das Rennen machen werden. Nämlich die Baumarten, die aus wärmeren, trockeneren Regionen kommen. Also aus einem Klima, das in Kürze bei uns zu erwarten ist. Plausibel ist das durchaus, und man sollte durchaus solche Baumarten pflanzen, säen, fördern. Doch niemand weiß, welche Pilze, welche Insekten sich unter den neuen, nie dagewesenen Bedingungen vielleicht zu gefährlichen Schädlingen entwickeln können? Die Arten wissen es selbst nicht, denn das globale Großexperiment ist neu. Daher sollte mit Bedacht vorgegangen werden, zumal wir ohnehin nicht alle Schadflächen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahren aufforsten oder anders wiederbewalden können. In wenigen Jahren wissen wir mehr und können unser Handeln anpassen.

Es wäre gut, möglichst viel Naturverjüngung zuzulassen, möglichst viel Schadholz und andere Biomasse auf den betroffenen Flächen zu belassen, damit die nachwachsende Vegetation bessere Umweltbedingungen vorfindet. Auch erscheint es sinnvoll, andere Herkünfte unserer heimischen Baumarten in überschaubarem Umfang einzubringen, etwa aus dem südlichen Europa. Wenn sie gut gedeihen, wunderbar. Wenn es nicht funktioniert, wären die Schäden durch Ausfälle aber auch begrenzt.

### *Wünsche aus der Glaskugel*

Was aber nicht geht, ist, der Gesellschaft und Politik vorzugaukeln, man hätte einen Plan. So riet im November 2024 ein Forstwissenschaftler auf einer Fachtagung<sup>6</sup> davon ab, der Öffentlichkeit gegenüber zu sagen, man könne nicht genau wissen, welche Baumarten und Waldgesellschaften an ein zukünftiges Klima angepasst wären. Denn dann würde wahrscheinlich niemand viel Geld für den Waldumbau bereitstellen. Immerhin ein Waldumbau, der extensiv und bedachtsam realisiert werden solle. Es sei besser, einen klaren Plan vorzulegen, um die Chancen der Finanzierung zu erhöhen. Zudem gab er vor, zu wissen, dass die Klimaänderung etwa um das Jahr 2100 abgeschlossen sei. Interessantes Detail: Die Roteiche, eben erst zum Baum des Jahres 2024 gewählt und wegen ihres schnellen Wachstums beliebt, ist seiner Ansicht nach ab 2080 nicht mehr für den Anbau in Deutschland geeignet.

Es ist zu hoffen, dass die Forstwissenschaft ehrlich kommuniziert, denn sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit. Niemand ist dafür zu tadeln, dass er nicht weiß, welcher Wald die Klimakatastrophe übersteht. Das Experiment ist neu. Für uns alle. Selbst die renommiertesten Klimawissenschaftler sagen inzwischen, dass es aufgrund der massiven Veränderungen inzwischen nur noch eingeschränkt möglich sei, Zukunftsmodelle zu entwickeln. Warum sollten Forstleute hier besser Bescheid wissen? Selbst die Insekten und Pilze, die sich vielleicht bei stark veränderten Umweltbedingungen plötzlich zu gefährlichen Plagegeistern entwickeln, wissen das heute noch nicht.

Warum kann man nicht zugeben, dass man überfordert ist? Und zugleich deutlich machen, dass man aber in etwa abschätzen kann, welche Baumarten relativ gute Chancen haben, in Zukunft Waldökosysteme zu bilden? Und dass man auch in der Lage sein sollte, in kurzen Abständen korrigierend einzugreifen und nachzusteuern. Eine Erfolgsgarantie gebe es aber nicht!

**Welche Baumarten  
im Klimawandel  
das Rennen machen ...**

**... weiß niemand.**

### *Das Schweigen im Walde*

Im Gegensatz zum Aktivismus in Sachen Waldumbau und Neupflanzungen herrscht auch in diesem Problemereich das Prinzip: Ursachenbekämpfung ist kein Thema. Man will Bäume und Wälder auf ein unbekanntes Klima vorbereiten, seine eigene Tätigkeit stellt der Mensch aber nicht infrage. Dabei wäre es notwendig, die Heftigkeit der Klimakatastrophe wenigstens abzumildern so gut es geht. Dann hätten es nachwachsende Wälder weniger schwer.

Doch nach wie vor schweigen die Verbände der Waldeigentümer:innen, Forstleute und Holzwirtschaft zu den Ursachen der anrollenden Klimakatastrophe, die es inzwischen in Form diverser Schadereignisse wenigstens kurzfristig bis in die Nachrichten schafft. Nicht einmal von den direkt betroffenen Waldeigentümer:innen sind wenigstens Forderungen z. B. nach einem Tempolimit zu vernehmen. Immerhin hatte der Deutsche Forstverein vor Beginn seiner Jahrestagung im Herbst mehr Klimaschutz angemahnt, doch in der Tagung selbst und den Meldungen über deren Verlauf und Ergebnisse wurde keine Forderung laut, endlich durch verbesserten Klimaschutz zukünftige Schäden an Wäldern und Forsten gering zu halten.

Man tut so, als ob sich das Problem durch fachgerechte forstliche Maßnahmen bewältigen ließe. Von vielen wird sogar – wie praktisch! – eine Steigerung des Holzeinschlages gefordert. Der Wald, vor wenigen Jahren noch als Ergebnis von 300 Jahren angeblich nachhaltiger Forstwirtschaft gefeiert, müsse dringend »umgebaut« werden. Die komplette Säuberung geschädigter Forstflächen wird unter anderem damit begründet, dass sich sonst wieder die Fichte verjüngen würde. Also die Baumart, auf deren massiven und teilweise industriellen Anbau man lange so stolz war. Der »Brotbaum« hat tatsächlich viel hervorragendes Bauholz geliefert, keine Frage. Wenn man es denn nicht übertrieben hätte, müsste man jetzt nicht mit hohem Aufwand verhindern, dass diese Baumart von selbst in Massen dort aufwächst, wo sie nie hingehörte. Der Brotbaum ist inzwischen fast zum Unkraut geworden.

**Klimawandel:  
Ursachenbekämpfung  
kein Thema  
in der Forstszene**

**Fichte:  
vom »Brotbaum«  
zum Unkraut?**

### **Der Wald: Ausfall als Klimaschützer**

Für die Waldeigentümer:innen hat die verlorene Rolle des Waldes als Saugroboter für Treibhausgase möglicherweise weitere Nebenwirkungen. Denn dem Wald wurde trotz der absehbaren Klimaschäden die Aufgabe aufgebürdet, als Notnagel für mangelhafte Klimaschutzbemühungen herzuhalten. Da auch Deutschland im Verkehrs- und Energiesektor zu wenig für die Verringerung der Emissionen unternimmt, entschied man sich kurzerhand dafür, dem Landnutzungssektor (LULUCF)<sup>7</sup> vorzuschreiben, große Mengen an Treibhausgasen zu schlucken. Baumwachstum und Aufbau von Vorräten aus Biotopholz und Humus sollten Millionen Tonnen Treibhausgase aus der Atmosphäre entfernen. Nur so könne Deutschland seine Klimaziele erfüllen – und es beispielsweise der Verkehrssektor sich weiterhin erlauben, Emissionen in gewohntem Umfang zu verursachen. Auch Umweltverbänden kamen solche Vorschriften nicht ungelegen, denn es sind zusätzliche Argumente für – sinnvolle – Schutzmaßnahmen und eine Verringerung der Holzernte. Nun soll also der Sektor LULUCF (der Begriff »Land Use, Land Use-Change and Forestry« umfasst verschiedene Formen der Landnutzung und des Managements von Ökosystemen, einschließlich der Waldwirtschaft) die Emissionen kompensieren, auf deren Einsparungen wir anderswo aus Bequemlichkeit und Kostengründen verzichten. Der Wald kann diese »Pflicht« aber nicht erfüllen. Aus juristischer Sicht ist dies »höhere Gewalt« und man müsste den Sektor eigentlich von dieser Aufgabe entbinden. Und andere Sektoren endlich zu mehr Klimaschutz verpflichten.

**Wald – kein Notlager  
für mangelhafte  
Klimaschutz-  
bemühungen**

### *Suppe selbst eingebracht*

Schon jammern auch Waldbesitzer:innen darüber, dass sie womöglich gezwungen werden, weniger Holz zu verkaufen, damit der Wald mehr Kohlenstoff speichert. Dabei wird gerne verschwiegen, dass Waldeigentümer:innen schon längst von der Gesellschaft fordern, ihnen für das Holzwachstum und die damit verbundene Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre Geld zu bezahlen. Demnach entziehe der deutsche Wald der Atmosphäre jährlich circa 127 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> (inklusive der Holznutzung), was etwa die gesamten Emissionen des Autoverkehrs ausgleichen würde.<sup>8</sup> Das ist zwar falsch, weil ja durch Holz-

erntet, transportiert, verarbeitet und verbrennt etwa dieselbe Menge an Treibhausgasen emittiert wird. Aber die Werbung läuft bis heute, inklusive der Umrechnung der angeblichen Leistung in Euro pro Tonne und einem »Gegenwert« von über drei Milliarden Euro pro Jahr.

### REDD: so wirksam wie Diättipps

Wenn die begonnene Klimakatastrophe bereits eines bewirkt hat, dann ist das die Entstehung eines Wirtschaftszweigs im Bereich des Handels mit Hoffnungen und viel heißer Luft. Damit sind jetzt nicht die zahlreichen Slogans und Sticker gemeint, die sich mit Begriffen wie »Klimaneutral« oder »Emissionsfrei« schmücken oder »Net Zero« oder gar »klimapositiv«. Solche belanglosen Behauptungen sind zwar ärgerlich und dienen einer fragwürdigen Imagewerbung, haben aber ansonsten vergleichsweise geringe Nebenwirkungen.

Bedeutender sind da schon Bezeichnungen wie »grüne Kohle« oder »grünes Öl«. Die fortgesetzte Ausbeutung fossiler Energieträger soll mit klimafreundlichen Projekten legitimiert werden. Da werden Bäume gepflanzt, Methanemissionen aus Mülldeponien verringert oder der Holzeinschlag in Regenwäldern wird weniger brutal durchgeführt. Man wirbt auch damit, Wälder nicht zu zerstören. Diese Erpressungsstrategie wird tatsächlich von einigen großen Unternehmen benutzt, um eigene Emissionen zu »neutralisieren«. Regierungen behaupten, große Waldstücke seien akut von Zerstörung bedroht, aber die Firma X oder Y würde den Schutz der angeblich bedrohten Ökosysteme finanzieren. Je stärker man die Bedrohungslage darstellt, desto mehr Geld kann man durch solche Geschäfte einnehmen. Ob es stimmt oder nicht, lässt sich schwer nachweisen. In den meisten Fällen stimmt es aber nicht. Für die Atmosphäre alles ohne Belang: Fossile Emissionen sind immer *zusätzliche* Emissionen, die Jahrhunderte lang wirken.

**Erpressungsstrategie  
großer  
Unternehmen**

#### Beispiel »Grünes Öl« in Suriname

Der folgende Fall ist typisch für Projekte, die in Zusammenhang mit REDD geplant und oft auch durchgeführt werden. REDD steht für Reduzierte Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern.<sup>9</sup> Es handelt sich also um Maßnahmen, die Entwaldung verhin-

### Fünf Kernforderungen an die Politik

1. **Nutzungsdruck auf Waldflächen verringern!** Die wichtigsten Veränderungen, die Wäldern nützen, liegen außerhalb der waldnahen Sektoren wie der Forst- und Holzwirtschaft. Der Druck auf die Waldflächen muss daher verringert werden. Das schließt auch und vor allem die Rohstofferte ein.
2. **Klimaschutz forcieren und umsetzen!** Die Politik muss dringend echten, wirksamen Klimaschutz umsetzen. Das bedeutet die schnellstmögliche Abschaffung aller direkten und indirekten Subventionen für die fossile Wirtschaft und zugleich den schnellstmöglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern – ohne auf die Nutzung des Waldes als vermeintlich »klimaneutraler« Biomasse auszuweichen. Sonst haben weder Wälder noch wir Menschen eine Chance auf eine lebenswerte Zukunft.
3. **Der Waldnutzung stärker ordnungsrechtliche Grenzen setzen!** Die Politik muss sich dafür einsetzen, dass waldschädliche Praktiken vermieden werden. Ein Bundeswaldgesetz, das dafür sorgt, dass der Erhalt und das

möglichst optimale Funktionieren aller Waldökosysteme gefördert wird, hilft sowohl Waldeigentümer:innen als auch der Holzwirtschaft. Die neue Bundesregierung muss in diesem Sinne nach der gescheiterten Reform des Bundeswaldgesetzes diese wieder ganz oben auf die politische Agenda setzen.

4. **Waldnaturschutz stärken!** Bestimmte Waldflächen müssen ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden. Das Fünf-Prozent-Ziel Natürliche Waldentwicklung muss so schnell wie möglich vollständig umgesetzt werden. In Waldnaturschutzgebieten muss die forstliche Nutzung die Schutzziele befördern.

5. **Energetische Nutzung von Holz verringern!** Die Energieholznutzung darf nicht steuerlich gefördert werden und muss wegen der gesundheitsgefährdenden Rauchgase Zug um Zug verringert werden. Der knappe Rohstoff muss vorrangig stofflich genutzt werden. Innovationen dazu sind zu fördern. Importe von Energieholz zur Verfeuerung in Kraftwerken sind wald- und klimaschädlich.





dern oder auch Schäden im Rahmen von Holzeinschlag und forstlicher Waldbewirtschaftung verringern sollen. Sie sollen dazu führen, dass weniger Treibhausgasemissionen entstehen.

Im Prinzip eine gute Idee, wenn sie nicht dazu dienen würde, andere Emissionen zu »kompensieren«, also wettzumachen. Wie im Falle von Suriname.<sup>10</sup> Der Staat plant, Erdölvorkommen auszubeuten, was ja erhebliche Emissionen durch fossile Energieträger verursachen würde. Um das Ganze zu kompensieren, will man den Holzeinschlag im Regenwald nicht etwa verringern, sondern sanfter gestalten. Es sollen weniger Bäume unnötigerweise gefällt werden. Denn neben den wenigen hochwertigen Tropenholz-Stämmen wird bei der Ernte und dem Abtransport der riesigen Baumstämme in der Regel viel andere Vegetation zerstört. Man verspricht also, weniger kaputtzumachen und rechnet dann aus, wie viele Emissionen das einsparen könnte. Zur Belohnung darf man dann Erdöl fördern, das die Atmosphäre mit noch mehr Klimagasen anreichert. Die aber nicht gezählt werden, weil ja im Regenwald Emissionen nicht verursacht werden.

»Sanfte« Zerstörung

#### Beispiel BECCS

Stets sind es solche pfiffigen Ideen, die plausibel klingen und quasi eine Einladung zu einem Gratisticket für das große Klima-Wunschkonzert darstellen. Emissionen, also der Ausstoß der problematischen Treibhausgase, werden jetzt auch technologieoffen »kompensiert« oder gar aus der Luft gefiltert, verpackt und irgendwo eingesperrt. BECCS ist so ein Beispiel. Das Kürzel steht für BioEnergy Carbon Capture and Storage. Man will das Kohlendioxid aus der – angeblich klimaneutralen – Verbrennung von Biomasse wie Holz aus dem Abgasstrom filtern und tief im Erdboden vergraben, in den Erdgas- oder Erdöllagerstätten, die ja leergepumpt sind und Platz haben. Leider ist die Technologie jedoch teuer und verbraucht große Mengen an Energie. Hinzu kommt: Die Kapazität der Lagerstätten ist gering, denn es verbleiben ja keine Hohlräume im Untergrund, sondern der Boden oder der Meeresboden sackt während der Förderung der fossilen Brennstoffe einfach ab.

Pfiffige Idee –  
unrealistisch in der  
Umsetzung

Wenn wir in der Waldpolitik weiterhin ganz überwiegend die Interessen von uns Menschen (Konsument:innen, Waldeigentümer:innen, Wirtschaftsbeteiligte) in den Mittelpunkt stellen, werden wir diese Ökosysteme mitsamt ihrer wichtigen Funktionen verlieren. Sowohl in der Waldpolitik als auch in den sie beeinflussenden Lebensbereichen müssen wir bzw. muss die Politik dem Erhalt und dem bestmöglichen Funktionieren von Waldökosystemen eine eigenständige Priorität geben. Damit nicht immer andere Wünsche und Ausreden Vorrang genießen, die trotz warmer Absichtserklärungen zugunsten des Walderhalts zu dessen Degradierung und Zerstörung führen.

#### Anmerkungen

- 1 Global Forest Watch ([www.globalforestwatch.org/dashboards/global/](http://www.globalforestwatch.org/dashboards/global/)).
- 2 Oro Verde: EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten ([www.regenwald-schuetzen.org/presse/eu-gesetz-zu-entwaldungsfreien-lieferketten](http://www.regenwald-schuetzen.org/presse/eu-gesetz-zu-entwaldungsfreien-lieferketten)).
- 3 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: EU-weit einheitliche Regelung für entwaldungsfreie Lieferketten.
- 4 [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org).
- 5 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Der Wald in Deutschland. Ergebnisse der vierten Bundeswaldinventur. Berlin 2024.
- 6 Universität Bayreuth: Forum Waldkontroversen 2024. Klimawandel: Neue Bäume braucht der Wald? 22./23. November 2024 ([www.bayceer.uni-bayreuth.de/waldkontroversen/](http://www.bayceer.uni-bayreuth.de/waldkontroversen/)).
- 7 Europäischer Rat: »Fit für 55«: Klimaziele in den Bereichen Landnutzung und Forstwirtschaft. März 2023.
- 8 [www.wald-ist-klimaschuetzer.de](http://www.wald-ist-klimaschuetzer.de).
- 9 UN-REDD-Programme: Forest solutions to the climate crisis ([www.un-redd.org](http://www.un-redd.org)).
- 10 C. Lang: Green oil? Suriname is planning to use Indigenous Peoples' forests to greenwash Total-Energies' oil extraction. In: REDD-Monitor, dated 19. November 2024.



**László Maráz**  
Koordinator der Dialogplattform  
Wald des Forum Umwelt &  
Entwicklung.

[maraz@forumue.de](mailto:maraz@forumue.de)